

Protokoll der
Vollversammlung
vom
09.07.2024

Sitzungsort: Paulussaal, Dreisamstraße 3

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Präsidium: Tobias K., Joel Z.

Protokollführung: Isabel A., Melissa S.

Tagesordnung

TOP 0 Formalia

- 1) Beschluss der Geschäftsordnung
- 2) Vorschläge zur TO
- 3) Wahl des Präsidiums
- 4) Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 1 Berichte

- 1) Bericht und Grußwort des Vorstandes

TOP 2 Erhalt und die Wiedereinrichtung des Förster*innen Cafés

TOP 3 Grundsatzprogramm des Studierendenrates

TOP 4 Krank sein ist unser Recht

TOP 5 Mindestvertragslaufzeiten für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte

TOP 6 Bessere Arbeitsbedingungen für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte

TOP 7 Forderung nach Stellungnahme zu den Anliegen des Camps of Return

TOP 8 Forderung nach Dialog zu den Anliegen des Camps of Return

TOP 9 Universität gegen Rechtsextremismus & für Rechtsstaatlichkeit

TOP 10 Einstellung der Kooperation mit Institutionen, die Menschenrechte verletzen

TOP 11 Genderneutrale Toiletten

TOP 12 Sonstiges

TOP 0 Formalia

Das StuRa-Präsidium eröffnet feierlich die VV und betont ihre Bedeutung für die Artikulation und Durchsetzung studentischer Interessen.

1) Beschluss der Geschäftsordnung

Ein Vorschlag für die Geschäftsordnung (GO) wird vom Präsidium vorgestellt (siehe Anhang).

GO-Antrag: Begrenzung der Redezeit auf eine Minute wird vom Präsidium vorgeschlagen.

Formale Gegenrede.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Die GO wird ohne Gegenrede angenommen.

Frage aus dem Plenum: Es fehlt unser dritter Antrag.

Präsidium: Das kommt noch, dazu kommen wir im nächsten Punkt.

2) Vorschläge zur TO

Die vorläufige Tagesordnung (TO) wird vorgestellt.

Initiativantrag: Der Antrag, den das Präsidium bereits vorliegen hat „Keine Kooperation mit Institutionen, die Menschenrechte verletzen“, soll auf die TO aufgenommen werden.

Formale Gegenrede.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der Initiativantrag wird aufgenommen.

Initiativantrag: Wir möchten die Universität daran erinnern, dass sie sich für geschlechtsneutrale WCs einsetzen sollte. 2015, 2018 und 2021 wurde dies bereits in der Vollversammlung beschlossen. Seitdem hat sich jedoch nicht viel getan und es gab sogar einen Rückbau von geschlechtsneutralen WCs. Im KGI wurden geschlechtsneutrale WCs in Mitarbeiter*innen-WCs umgewandelt, die den Studierenden nicht mehr zur Verfügung stehen.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der Initiativantrag wird aufgenommen.

3) Wahl des Präsidiums

Vorgeschlagen für das Präsidium der Vollversammlung sind Tobias K. und Joel Z.

Abstimmung: Der Vorschlag wird (ohne Gegenrede) angenommen.

4) Feststellung der Beschlussfähigkeit

*Die Zahl der zur Beschlussfähigkeit notwendigen Anwesenden liegt bei 227 immatrikulierten Studierenden und Doktorand*innen (Bekanntgabe in der StuRa-Sitzung vom 25.06.2024, siehe Anhang).*

Die VV ist mit 301 anwesenden Stimmberechtigten zu diesem Zeitpunkt beschlussfähig.

TOP 1 Berichte

1) Bericht und Grußwort des Vorstandes

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Bericht wird vorgestellt (s. Anhang).

Keine Rückfragen.

TOP 2 Erhalt und die Wiedereinrichtung des Förster*innen Cafés

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 20 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 3 Grundsatzprogramm des Studierendenrates

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 20 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Änderungsantrag: Wir möchten drei Sätze hinzufügen, nämlich Punkt 10, 11 und 12: „10. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern die (Wieder)einführung eines allgemeinpolitischen Mandats der Verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg. 11. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, fordern eine Initiative zur besseren Studierbarkeit und zum Ausbau von Lernräumen. 12. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, unterstützen die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und einer faire Beschäftigung/Bezahlung studentischer Mitarbeiter*innen und aller Mitarbeitenden der Universität.“

Frage aus dem Plenum: Verständnisfrage: Was ist die bestehende Zivilklausel in Punkt 5?

Antragstellende: Die Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung, die sich die Universität Freiburg auferlegt hat. Sie soll sicherstellen, dass alle Forschung an der Universität der Öffentlichkeit zugutekommt und zum Beispiel keine Militärforschung stattfindet. Allerdings ist einer der größten Finanziere der Technischen Fakultät das Pentagon. Die Universität hat nur eine Berichtspflicht und kann somit berichten, was sie alles an Bomben gebaut hat. Unserer Meinung nach wird die Verantwortung jedoch nicht ernst genug genommen.

Änderungsantrag: Ergänzung eines 13. Punktes, der die Erhöhung der SVB-Mittel fordert, insbesondere im Hinblick auf den kommenden Hochschulfinanzierungspakt. Das Land zögert und versucht, bis zur letzten Sekunde zu warten. Der Pakt wird von 2026 bis 2030 gelten. Wir müssen dies noch in diesem Jahr beschließen: „13. Wir, als Studierendenschaft der Universität Freiburg, setzen uns für die Beibehaltung sowie die Erhöhung des Studierendenrechtsbudgets (SVB) bzw. der Qualitätssicherungsmittel (QSM) ein.“

Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.

Verständnisfrage zum letzten Antrag: Kann der Inhalt nochmals erläutert werden?

Anmerkung aus dem Plenum: Die SVB-Mittel, also das Studierendenvorschlagsbudget, werden der Universität vom Land zur Verfügung gestellt und vom StuRa an die einzelnen Fachbereiche verteilt. Die Frist für dezentrale Anträge endet morgen. Die 12% Zuwachs resultieren aus dem Wegfall der Studiengebühren als Ausgleich. Die Gelder, die die Universität vom Land erhält, wurden seit Langem nicht mehr erhöht. Innerhalb der Jura-Fakultät ist dies ein großes Problem. Das Problem ist a) die Sicherung der Mittel, damit sie nicht abgeschafft werden, wie es an anderen Universitäten der Fall ist, und b) die generelle Erhöhung der Mittel. Im Finanzpakt soll dies für 2026 bis 2030 behandelt werden.

Änderungsantrag: Ich plädiere dafür, auf Punkt 10 zu verzichten. Wir haben dies als Fachbereich auch schon im StuRa angesprochen. Es gibt gute Gründe, warum der StuRa nur ein partikulärpolitisches Mandat hat. Wir können uns äußern und dies nimmt viel Zeit in Anspruch, die wir für sinnvolle Arbeit für die Studierenden nutzen könnten. Ich halte eine solche Erweiterung des Mandats nicht für sinnvoll.

Antragstellende Person: Ich lehne dies aus zwei Gründen ab: 1) Wir haben eine Abstimmung durchgeführt, bei der sich viele dafür ausgesprochen haben, und 2) lässt sich historisch nachverfolgen, dass studentische Initiativen oft federführend waren. Ohne studentische Initiativen gäbe es zum Beispiel kein Wahlrecht für FLINTA*-Personen. Ohne diese Bewegungen wären heute nur männlich gelesene Personen hier vertreten. Deshalb sage ich klar: Nein.

Abstimmung Änderungsantrag: Mehrheit dagegen.

Der Änderungsantrag wird nicht angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird mit den ergänzten Punkten 10-13 angenommen.

TOP 4 Krank sein ist unser Recht

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 20 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Änderungsantrag: Ich würde gerne hinzufügen, dass bei Krankschreibungen keine Symptomanangaben gefordert werden. Es sollte nicht die Aufgabe des Prüfungsausschusses sein, zu entscheiden, ob meine Krankheit den Studienverlauf beeinflusst. Das ist die Aufgabe der Ärzt*innen: „Wir lehnen die Atestregelung unter Angaben von Krankheitssymptomen bei Prüfungsanmeldung und Pflichtveranstaltungen ab.“

Der Änderungsantrag wird übernommen.

Frage aus dem Plenum: Inwieweit hast du konkret Prüfungsordnungen recherchiert? Bei uns steht, dass bei Überschreiten einer gewissen Fehlzeit eine Ersatzleistung ermöglicht werden muss. Ist das Problem die Nichtumsetzung der PO oder sind die POs wirklich per se problematisch? Oft werden POs in der Praxis nicht umgesetzt.

Antragstellende Person: Ich habe festgestellt, dass es Dozierende gibt, die diese Ausgleichsleistung anbieten. Es ist jedoch problematisch, dass ich, wenn ich krank bin, mich aktiv um eine Ausgleichsleistung kümmern muss. Außerdem wird nicht differenziert zwischen den Fehlgründen. Auch wenn es POs gibt, in denen das verankert ist, sollte die Umsetzung universitätsweit verbessert werden.

Anmerkung aus dem Plenum: Meistens steht es in den POs, aber die Dozierenden halten sich oft nicht daran. Oft fliegt man aus dem Seminar und es gibt keine Konsequenzen für die Dozierenden. Man kann sich auch nirgendwo hinwenden. Außerdem finde ich diese extra Leistung Quatsch. Wenn ich drei Wochen krank war und dann noch einen Essay schreiben soll, sollte das nicht als Zwang da sein, damit man weiter studieren kann.

Anmerkung aus dem Plenum: Das mit dem Geheimhalten der Symptome war in den Sätzen vorhin drin. Daraus kann man es übernehmen. Ich kenne viele Menschen, die eine Ausgleichsleistungen bekommen haben. Diese haben sich aber aufs nächste Semester bezogen, was zu einer Verlängerung des Studiums geführt hat.

Änderungsantrag: Auch die Symptomatik von chronischen Krankheiten sollte anerkannt werden: „Wir fordern, dass auch die Symptomatik einer chronischen Krankheit als Fehlgrund anerkannt wird.“

Der Änderungsantrag wird von der antragstellenden Person übernommen.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich möchte ergänzen, dass in den Naturwissenschaften keine Möglichkeiten zum Ausgleich angeboten werden. Vier Tage Krankheit im Wintersemester können dazu führen, dass man die gesamte Veranstaltung im nächsten Jahr wiederholen muss. Das ist ein Problem, da so Studierende mit 39 Grad Fieber im Labor stehen und sich selbst und andere gefährden.

Frage aus dem Plenum: Wird dann jetzt hier gefordert, dass man ganz ohne Leistungen oder Ausgleichsleistungen ein Seminar bestehen könnte? Das wäre leicht ausnutzbar.

Antragstellende Person: Ich habe im Antrag vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um solche Themen besser ausdiskutieren zu können. Mein Vorschlag ist, dass man bei Krankheit ein Attest vom Arzt ohne Symptomanzeige vorlegt. Damit wird das Erschleichen von Leistungen nicht leicht.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich möchte dem widersprechen. Was soll das Ausnutzen darstellen? Das Worst-Case-Szenario ist, dass Studis mit weniger Leistungen ermöglicht wird, einen Abschluss zu erreichen. Das stelle ich mir nicht schlimm vor.

Anmerkung aus dem Plenum: Das würde große Konsequenzen für Deutschland mit sich ziehen. Die Qualität der Akademiker*innen in Deutschland würde für die nächsten Generationen darunter leiden. Die Leute kommen dann eventuell nicht qualifiziert genug aus dem Studium auf die freien Stellen. Wenn man sich jetzt Vorbilder wie Nicola Tesla und Albert Einstein nimmt, dann haben die sich nicht durch irgendwas etwas erschlichen. Ich sehe aber generell den Punkt des Antrages und ich kenne auch selber hart arbeitende Studis, die sehr darunter gelitten haben.

GO-Antrag: Ende der Debatte.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird mit den Änderungsanträgen zur Attestpflicht unter Symptomangabe und zur Anerkennung der Symptomatik einer chronischen Krankheit als Fehlgrund angenommen.

TOP 5 Mindestvertragslaufzeiten für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 6 Bessere Arbeitsbedingungen für stud. und wissenschaftl. Hilfskräfte

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 7 Forderung nach Stellungnahme zu den Anliegen des Camps of Return

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Frage aus dem Plenum: Was sind denn nochmal konkret eure Forderungen? Das weiß vielleicht hier nicht jeder.

Antragstellende: Die Forderungen stammen vom Camp of Return, und wir als Students for Palestine unterstützen sie. Zusammengefasst fordern wir, dass die Universität:

1. Für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand einsteht.
2. Die Kooperation mit menschenrechtsverachtenden Institutionen abbricht.
3. Die akademische Meinungsfreiheit schützt.

Präsidium: Der vorliegende Antrag bezieht sich – das als Anmerkung – nicht auf die Forderungen, sondern fordert die Universität auf, Stellung zu beziehen.

Frage aus dem Plenum: Die Universität könnte in euren Augen also nicht neutral bleiben?

Antragstellende: Persönlich finde ich, dass Schweigen in diesem Moment einer Mitschuld gleichkommt. Wir erwarten nicht, dass die Universität eine bestimmte Position einnimmt, sondern dass sie überhaupt etwas dazu sagt. Nichts zu sagen, ist mehr als eine neutrale Aussage.

Frage aus dem Plenum: Ich glaube, egal, wie die Uni sich positionieren wird, wird sich davon jemand nicht repräsentiert fühlen. Habt ihr Ideen für Dialogforen, die man einrichten könnte, um alle einzubinden?

Antragstellende: Genau das, ein offener Dialog mit der Universität, wollen wir in einem zweiten Antrag fordern, der noch drankommt. Studierende untereinander sollten eigentlich noch viel besser kommunizieren, als wir mit dem Rektorat. Und das wäre machbar. Wir müssen zum aktuellen Morden, das passiert, Stellung nehmen und ich persönlich verstehe nicht, dass es so und so laufen muss.

Frage aus dem Plenum: Ihr habt im dritten Punkt der Forderungen des Camps of Return etwas weggelassen, nämlich die Position zur siedlerkolonialen Politik Israels und dem Völkermord. Israel wird hier als Apartheidstaat bezeichnet. Erkennt ihr das Existenzrecht Israels an?

Antragstellende: Wir sind nicht hier, um den Nahostkonflikt zu diskutieren. Unabhängig davon sind wir uns doch einig, dass alle Menschen Rechte haben sollten, unabhängig wie Gesetze lauten oder Staaten heißen. Menschen sollten überall ihre Rechte bekommen.

Frage aus dem Plenum: Warum heißt ihr Camp of Return?

Antragstellende: Sagt dir der Begriff Rückkehrrecht was? Wir als Students for Palestine unterstützen das Camp of Return, das sich aus Menschen zusammensetzt, die für das Rückkehrrecht der Palästinenser*innen kämpfen. Überall auf der Welt gibt es Millionen von Palästinenser*innen, die vertrieben wurden. Gaza ist ein komplettes Flüchtlingslager. Palästinenser*innen sollen dorthin zurückkehren dürfen, wo ihre Elternhäuser stehen. Dafür steht das Camp mit seinem Namen.

GO-Antrag: Bitte um sofortige Abstimmung, da die Fragen nichts mehr mit dem Antrag an sich zu tun haben.

Inhaltliche Gegenrede: Wir sollten das jetzt hier nicht künstlich abwürgen. Solange es noch Fragen gibt, sollten diese auch gestellt werden dürfen. Wir haben bisher wenig Zeit für die anderen Anträge gebraucht.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 8 Forderung nach Dialog zu den Anliegen des Camps of Return

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Frage aus dem Plenum: Ist es generell Praxis, dass die Universität öffentliche Dialoge mit Studierenden führt, oder ist euch dieses Thema so wichtig, dass ihr das jetzt explizit fordert?

Antragstellende: Bisher fanden Dialoge hauptsächlich hinter verschlossenen Türen statt. Wir wünschen uns, dass dieser Dialog allen zugänglich gemacht wird. Es ist unfair und intransparent, wenn er nicht öffentlich ist.

Frage aus dem Plenum: Habt ihr eine Vorstellung, wie man das praktisch umsetzen kann?

Antragstellende: Es gab eine Einladung an das Rektorat ins Camp, aber in den letzten 1 ½ Monaten hat die Universitätsleitung es nicht geschafft, vorbeizuschauen. Andere Universitäten beziehen offen Stellung zu diesem Thema und treten in einen offenen Dialog mit den Studierenden. Andere Unis in anderen Ländern haben das schon gemacht.

Anmerkung aus dem Plenum: Dies ist eine einmalige Situation. Ein Kampf, der lange gedauert hat und viel Anstrengung von den Studierenden gefordert hat, ohne dass eine Stellungnahme erfolgte. Studierende verlieren Familienmitglieder in Gaza und hören ständig von neuen Toten. Es ist das erste Mal, dass die Universität keine Stellungnahme abgegeben hat und den Studierenden nicht zugehört hat. Dies scheint absichtliches Schweigen zu sein und macht einen öffentlichen Dialog notwendig.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich möchte noch hinzufügen, dass es meines Wissens ein Angebot eines Treffens auf neutralem Boden gab, also nicht im Camp, das von der Universität aber ebenfalls nicht wahrgenommen wurde.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 9 Universität gegen Rechtsextremismus & für Rechtsstaatlichkeit

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 20 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Anmerkung aus dem Plenum: I find this petition very important, because unfortunately I'm from Lebanon and we already see the dangers of fascism in the university. We met with the rectorate to ask for support from the Uni and the first words from the Rektorin were that we are in Germany and the official language of Germany is German and they only spoke German. Another event was recently we saw a sticker of students for Palestine with a swastika and out of pure racism the Jewish voices are instrumentalized against Muslim people. Another event I wanted to talk about is the 'Alumni Tag' which was on last Friday and there was a discussion with Alumni members on the panel with a post-colonial studies presentation and I was pleasantly surprised, but was met with outrage from the crowd, when I said I was from Lebanon and was told to "Geh zurück" and shut

down while I was asking for support for Lebanon and Palestine and they called the police on me and others who just wanted to participate in the event and discussion.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich bin voll froh, nicht zuerst gesprochen zu haben. Ich wollte sagen, dass es sinnvoll wäre, einfach abzustimmen.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich finde das voll wichtig. Gibt es auch ein größeres Projekt wie, dass ihr euch mit anderen Unis vernetzt. Ich komme aus Dresden im Osten. Freiburg ist für mich eine linksgrüne Hochburg, natürlich auch mit Verbesserungspotential, aber ich fände es cool, wenn ihr euch mit anderen Organisationen oder Unis vernetzt.

Antragstellende: Studis gegen Rechts ist ein deutschlandweites Projekt. Wir machen Powersharing.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich habe eine Anmerkung zur Begrifflichkeit der Rechtsstaatlichkeit. Ich finde voll cool, dass ihr das macht. Für mich hat der Begriff Rechtsstaatlichkeit einen komischen Beigeschmack, wie bei Law and Order. Rechtsstaatlichkeit wird oft als Argument für das Recht auf Abschiebung verwendet.

Antragstellende: Es gibt Verordnungen von Unis, wie Rechtsstaatlichkeit definiert wird. Wir haben versucht, eine argumentative Ebene zu finden, dass die Uni sich für dieses Engagement einsetzt. Also was wir machen, ist in eurem Interesse. Wir kennen die Beinote und sind da sehr vorsichtig.

Frage aus dem Plenum: Ihr habt da jetzt aber nichts zu spezifischen Parteien sagen wollen, oder? Also ganz allgemein?

Antragstellende Personen: Ja genau. Wir meinen da keine spezifischen Parteien.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich finde den Antrag super wichtig. Ich würde gerne auch reinnehmen, dass Studierende vor Übergriffen geschützt werden.

Antragstellende: Ja, das meinen wir auch auf jeden Fall. Das ist auch eines unserer Themen von Solidarität, Inklusivität und Toleranz.

Änderungsantrag: Bei Punkt 2 soll aufgenommen werden, dass die Uni sich verpflichtet und dazu bekennt, Studis vor Übergriffen zu schützen: „und Mitglieder der Universität vor Übergriffen zu schützen und für sie einzutreten.“

Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.

Frage aus dem Plenum: Would you mind adding, that the Uni should not be able to exmatriculate Students for their political activities? Students should be able to fight fascism in the Institution without that threat. This is especially important for students who are foreigners.

Antragstellende: I think our one sentence already encompasses that, but I think that it is a problem then that right wing activities are then also protected. Maybe we can add and say “to support and protect student activities”.

Anmerkung aus dem Plenum: I also thought of that but the whole application is about right wing narratives so they already would not have any space in the University. We see usually the institutions oppress students that are trying to fight for minorities. As we can see in Berlin currently. Yesterday in Berlin they also forbade Ukrainian people from speaking because they didn't have a translator. It should be more explicit, because the Uni only understands 1+1 and ABC, sorry.

Antragstellende: We could add something like to support and stand behind student engagement cause we were thinking that it would hurt our cause less.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich finde, es sollte explizit sein, da die nächste Vollversammlung erst in einem Jahr stattfindet. Es beginnt mit Palästina und sollte keine Exmatrikulation von Studis an der Uni geben.

Antragstellende: Können wir ein Stimmungsbild machen, dass wir „keine Exmatrikulation aufgrund von politischem Engagement“ mit aufnehmen?

Exmatrikulationsklausel wird von den Antragstellenden in den Antrag aufgenommen.

Anmerkung aus dem Plenum: Man könnte auch noch expliziter sein: Dass keine Studierende für Engagement gegen Faschismus exmatrikuliert werden können. Das gäbe dann den Spielraum, wenn man sich für Minorities einsetzt, dass es ein Kampf gegen Faschismus ist.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich finde das keine gute Idee. Die Uni sollte die Möglichkeit haben, bei Gewalt jemanden zu sanktionieren, wenn jemand gegen die demokratischen Spielregeln verstößt. Gewalt kommt nicht nur von rechts, sondern auch von anderen Seiten. Wir sollten Grenzen setzen. Das fände ich also nicht gut mit der Hinzufügung und würde mich klar gegen die Forderung aussprechen.

Anmerkung aus dem Plenum: Wir könnten hinzufügen, dass Leute, die sich durch extremistische Gewalt ausdrücken, nicht exmatrikuliert, sondern ins Gefängnis gebracht werden.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste und sofortige Abstimmung.

Der GO-Antrag ist nicht zulässig, da er sich widerspricht.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 15 Minuten.

Formale Gegenrede

Abstimmung:

Dafür: 132

Dagegen: 134

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 5 Minuten.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Änderungsantrag: Nach Punkt 3 soll spezifiziert werden, dass die Uni bei ebendiesem politischem Engagement nicht mit Exmatrikulation drohen darf, basierend auf den oben und in der Uniordnung verankerten Prinzipien: „Dies beinhaltet dass die Uni bei ebendiesem Engagement nicht mit Exmatrikulation drohen darf.“

Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich finde es so besser. Der vorherige Satz mit dem politischen Engagement war schwierig, da er sich allgemein auf politisches Engagement generell bezieht und damit auch rechtes Engagement umfassen könnte. Die Uni sollte in solchen Fällen und bei Gewalt weiterhin die Möglichkeit zur Exmatrikulation haben.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich könnte mir vorstellen, dass die Uni die Verantwortung tragen sollte, Studis vor Übergriffen zu schützen, indem die Mitarbeitenden besser geschult werden.

Antragstellende: Das ist schon drin, danke.

Präsidium: Das mit der Schulung der Mitarbeitenden noch nicht. Wollt ihr das noch aufnehmen?

Antragstellende: Nein, so finden wir es besser.

Frage aus dem Plenum: Man könnte noch den Absatz hinzufügen: Auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

Präsidium: Exmatrikulation auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?

Anmerkung aus dem Plenum: Nein, nur in Bezug auf das studentische Engagement.

Antragstellende: Wir meinen, das ändert nicht viel. Es reicht, sich auf die Univerordnung zu berufen.

Anmerkung aus dem Plenum: I understand the polemic around the exmatriculation but it is so important for people without a German passport, because their right to stay is so closely tied to their exmatriculation. Please consider this.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 10 Minuten.

Formale Gegenrede

Abstimmung: Mehrheit dagegen.

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 5 Minuten.

Abstimmung: Mehrheit dagegen.

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

GO-Antrag: Ende der Debatte und sofortige Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird mit den Änderungsanträgen zur Verpflichtung der Universität, ihre Mitglieder vor Übergriffen zu schützen, und zum Exmatrikulationsverbot bei Engagement für Rechtsstaatlichkeit angenommen.

TOP 10 Einstellung der Kooperation mit Institutionen, die Menschenrechte verletzen

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 15 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Anmerkung aus dem Plenum: Ich würde den Antrag gerne ändern, sodass er auch für die Zukunft gilt. Wenn also in Zukunft Menschenrechtsverstöße nachgewiesen werden, muss die Kooperation ebenfalls beendet werden.

Frage aus dem Plenum: Ich muss leider juristisch nachfragen. Die Formulierung ist zu vage. Welche Institutionen gemeint sind, die Menschenrechtsverletzungen begehen, ist nicht klar definiert. Das könnte weitreichende Konsequenzen haben, die wir nicht wollen. So könnte man auch sagen, dass die Uni nicht mit dem deutschen Staat kooperieren dürfte, da dieser ebenfalls Menschenrechtsverletzungen begeht auch die Uni hat eine entsprechende Vergangenheit.

Antragstellende: It is very vague, but it also gives the possibility in the future for any group of students and gives students the possibility to hold the uni accountable for everything they put on their sparkling websites. The German state is also breaching human rights at the moment, but these institutions are actively killing people. This is what we mean and we need to stop that.

Präsidium: Eine Anmerkung von uns: Mit der Betonung auf „nachgewiesene Menschenrechtsverletzungen“ geht es darum, dass dies von international anerkannten Rechtsinstitutionen wie dem Internationalen Gerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt worden sein muss. Dies ist auch die Auffassung unserer Rechtsaufsicht und das im Antrag verwendete Wort „nachgewiesen“ steht in diesem Kontext und ist in diesem Kontext zu verstehen.

Anmerkung aus dem Plenum: Das ist ja prinzipiell aber erst einmal egal, oder? Wenn ich sage, dass ich Menschenrechtsverletzungen ablehne, habe ich keine Angst vor den Konsequenzen.

Frage aus dem Plenum: Was für Nachweise bräuchten wir dafür? Wann ist der Punkt erreicht, an dem es nachgewiesen ist? Kommt das vom Gerichtshof?

Antragstellende: There are international laws and any company/ institutions that are in breach of international laws the uni should stop collaborating with.

Änderungsantrag: Ich möchte, dass die Institutionen, die als Bezugspunkte für das Nachweisen der Menschenrechtsverletzungen herangezogen werden, im Antrag spezifiziert werden: „durch international anerkannte Rechtsinstitutionen wie den Internationalen Gerichtshof, den Internationalen Strafgerichtshof oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nachgewiesen worden sind.“

Antragstellende: Wir übernehmen das nicht, die Interpretation ist, wie das Präsidium deutlich gemacht hat, ohnehin schon drin.

Abstimmung Änderungsantrag: Mehrheit dafür.

Der Änderungsantrag wird angenommen und Teil des Hauptantrags.

Änderungsantrag: Ich schlage vor, dass bei den Institutionen weiter spezifiziert wird und ein „in ihrer aktuellen Form“ hinzugefügt wird. Zum Beispiel war auch die Uni Freiburg in der Nazizeit problematisch. Deshalb sollte hier spezifiziert werden.

Antragstellende: Danke für die Frage. Bei uns war das auch in der Diskussion. Nur weil eine Institution aber vor drei Jahren aufgehört hat, Menschenrechtsverletzungen zu begehen, und eine Strafe erhalten hat, reicht das aber nicht.

Antragstellende: There are institutions that have been in breach of these laws since before the nazi times and still are. So it's very difficult to set a specific timeframe. So we should not be cooperating with these with ongoing

Anmerkung aus dem Plenum: Ich meine, wenn die Institution sich genug geändert hat, dass es jetzt nicht mehr der Fall ist, dann könnten wir ja wieder mit ihnen kooperieren. Es wäre wichtig zu berücksichtigen, dass die Institution sich gewandelt hat.

Antragstellende: Aber das steht ja schon irgendwie drin.

Änderungsantrag: Ich würde sagen, die Uni Freiburg ist ja nicht dieselbe Institution wie früher. Wenn Institutionen Reformen durchlaufen haben, sollte das klar formuliert sein. Ich würde nur „in ihrer aktuellen Form“ hinzufügen.

Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.

Änderungsantrag: Da es nicht genug Gerichtsverfahren gibt, das alles sehr langsam geht und daher wenige durch diese Institutionen bestätigte Menschenrechtsverbrechen existieren, würde ich gerne hinzufügen, dass die Uni bei Verdachtsfällen eine Überprüfung und/oder Einschätzung vornehmen und eine Abwägungsentscheidung treffen muss: „Die Vollversammlung fordert die Universität auf, auf Vorwürfe von Menschenrechtsverstößen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu reagieren und diese in ihre Entscheidung bezüglich Kooperationen miteinzubeziehen.“

Antragstellende: Es ist die Frage, ob wir das dürfen.

Präsidium: Das ist ziemlich die Grenze dessen, was wir dürfen. Wenn wir der Uni sagen, dass sie auf Vorwürfe reagieren soll, geht das. Die Aufforderung an die Universität zur Untersuchung beziehungsweise Nicht-außer-Acht-Lassung von Menschenrechtsverletzungen bis Gerichte diese geprüft haben, berührt ziemlich genau die Grenzen unseres hochschulpolitischen Mandats. Jedoch stellt eine Aufforderung an die Universität, im Einzelfall diesbezüglich Abwägungsentscheidungen auf Grundlage öffentlicher Informationen vorzunehmen, noch keine Forderung nach einer politischen Stellungnahme dar und die Universität lässt sich in ihrem Handeln stets auch von solchen Informationen leiten, ohne dadurch ihre politische oder weltanschauliche Neutralitätspflicht zu verletzen. Wir können dies so beschließen, ich würde jedoch, um sicherzugehen, dass der Beschluss Geltung hat, ihn in jedem Fall einmal unserer Rechtsaufsicht zur Prüfung vorlegen.

[Anm. d. Präs.: Die Prüfung unserer Rechtsaufsicht hat diese Sichtweise bestätigt. Der Änderungsantrag ist damit zulässig und hat Geltungskraft.]

Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.

Menschen können der Debatte nicht folgen. Der Inhalt der Debatte wird auf Englisch wiederholt.

Antragstellende: I am of the opinion that it's not right to specify the institutions. We can look at Nato etc. and they are definitely not for human rights and we can see that the imperial countries do not care about the minorities.

Präsidium: Wir sind mit der Befassungszeit am Ende.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 15 Minuten.

Formale Gegenrede.

Abstimmung: Mehrheit dagegen.

Der GO-Antrag wird nicht angenommen.

GO-Antrag: Verlängerung der Debatte um 15 Minuten.

Formale Gegenrede.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

GO-Antrag: Antrag auf Rücknahme der Nennung der Institutionen, da nicht klar ist, welche jetzt von den Antragsstellenden übernommen werden. Der Antrag ist nicht auf spezifische Institutionen ausgelegt, sondern soll generell gelten, auch in der Zukunft.

Präsidium: Die Begründung ist nur teilweise richtig, die Institutionen, die aufgenommen wurden, wurden definiert und waren auch Gegenstand der Debatte. Es geht um die international anerkannten Rechtsinstitutionen wie dem Internationalen Gerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof oder dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Nichtsdestotrotz kann hierüber abgestimmt werden, es ist jedoch zunächst eine Wiederöffnung der Beschlusslage nötig.

Inhaltliche Gegenrede zum Antrag: In der Debatte haben wir mehrfach darüber gesprochen, dass es um den Internationalen Gerichtshof etc. geht, deshalb ist eindeutig klar, dass es darum ging. Ich halte es nicht für zulässig, dass es nochmal abgestimmt wird und das würde ich auch überprüfen lassen.

Präsidium: Die Möglichkeit zur Wiederöffnung der Beschlusslage ist in unserer GO festgehalten. Über die Zulässigkeit von Anträgen und Verfahren zu entscheiden obliegt uns als Sitzungsleitung. Wir halten den vorliegenden GO-Antrag aus den genannten Gründen für zulässig und er steht somit zur Abstimmung. Du hast die Möglichkeit, das nachträglich prüfen zu lassen.

GO-Antrag: Wiederöffnung der Beschlusslage.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Frage aus dem Plenum: Wenn von der Rechtsabteilung das Wort „nachgewiesen“ bereits definiert wurde, haben wir dann überhaupt Entscheidungsgewalt darüber? Gibt es da eine Möglichkeit für eine größere Liste?

Präsidium: Unsere Rechtsaufsicht hält die Hinzunahme anderer Organe und Institutionen als Nachweisgeber für die Verletzung von Menschenrechten als die international anerkannten und aufgrund ihrer Verfasstheit neutralen Rechtsinstitutionen für nicht zulässig und nimmt unter „nachgewiesen“ die genannten an. Das Hinzufügen von Organisationen wie Human Rights Watch ist nicht zulässig. Der Antrag, so wie er jetzt ist, ist zulässig.

Änderungsantrag: Die zuvor beschlossene gesonderte Nennung der Institutionen, die Menschenrechtsverstöße nachweisen, soll zurückgenommen werden.

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der vorherige Änderungsantrag wird zurückgenommen.

GO-Antrag: Ende der Debatte

Formale Gegenrede

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird mit den Änderungsanträgen zur genaueren Spezifizierung der Institution und zur Aufforderung der Universität, bei Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen Abwägungsentscheidungen zu treffen, angenommen.

TOP 11 Genderneutrale Toiletten

Das Präsidium schlägt eine Befassungszeit von 20 Minuten vor.

Der Antrag wird vorgestellt. Diskussion:

Anmerkung aus dem Plenum: Dieses Thema beschäftigt mich in meiner Vorstandszeit seit meiner Wahl. Es wird stets gesagt, das Problem sei primär baulich: Es müssten einzeln abgeschlossene Kabinen sein, was angeblich nicht möglich sei. Punkt zwei sei der Denkmalschutz. Punkt drei: es müsse pro Gebäude in einem bestimmten Schlüssel Mitarbeiter*innentoiletten vorhanden sein, was jetzt erst erfüllt wurde. Für mich klingt das alles nach großem Quatsch. Ich verstehe nicht, warum man nicht einfach ein Schild anbringen kann.

Anmerkung aus dem Plenum: In der Biologie haben wir genau die gleichen Probleme festgestellt. Bürokratisch scheint es nicht möglich zu sein. Ich möchte jedoch, dass wir es einfach versuchen und dafür abstimmen.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich war letztes Jahr im Vorstand und wir hatten damals ein relativ konstruktives Gespräch mit dem Rektorat. Die Vorgaben sind wohl alle sehr genau und spezifisch. Die Uni ist sich da sehr unsicher. Es müsste Einzelkabinen geben, die von Pissoirs getrennt sind. Trennwände müssen von der Decke bis zum Boden reichen, damit niemand drunter schauen kann. Rein theoretisch haben sie sich konstruktiv gezeigt, was zu tun. Ich glaube, ihnen ist im gleichen

Zug aufgefallen, dass sie eine gewisse Anzahl an Mitarbeiter*innen Klos brauchen. Das Rektorat hat sich nicht quergestellt, steht aber vor Problemen, da die Gebäude dem Land gehören.

Antragstellende Person: Aus welcher Rechtsnorm ergibt sich das bei eingebauten WCs?

Anmerkung aus dem Plenum: Ich glaube, das ist irgendein bescheuertes Baurecht oder so. Die Soziologie ist ein super Beispiel, da war das auch so.

GO-Antrag: Ende der Debatte

Formale Gegenrede

Abstimmung: Mehrheit dafür.

Der GO-Antrag wird angenommen.

Abstimmung Hauptantrag: Mehrheit dafür.

Der Hauptantrag wird angenommen.

TOP 12 Sonstiges

Das Präsidium beschließt die VV und dankt allen Anwesenden für ihre Teilnahme und den Umstand, dass von Anfang bis Ende die Beschlussfähigkeit deutlich gewahrt war. Ein besonderer Dank wird den Protokollführenden und Helfenden ausgesprochen.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich möchte ein großes Dankeschön auch an Tobi und Joel, dem Präsidium, aussprechen für die Vorbereitung und Durchführung der Vollversammlung. Das ist immens viel Arbeit und ihr seid da schon seit mehreren Monaten mit beschäftigt.

Anmerkung aus dem Plenum: Ich möchte dem Vorstand danken. Dieses Jahr wurde der Vorstand komplett neu besetzt. Seitdem haben sie sich sehr engagiert viele Dinge umgesetzt.

Ende der Vollversammlung um 21:00 Uhr.